

**Für Arbeiter\*innen und Sozialismus**

**2,50  
DM**

# Freiheit für Kurdistan



committee for a workers international  
comité pour une internationale ouvrière  
comité por una internacional obrera

**Komitee für eine Arbeiterinternationale**



# SAV

***Sozialistische  
Alternative***

## **Impressum**

Herausgegeben von der Sozialistischen Alternative (SAV)  
Hansaring 4, 50670 Köln, Tel. (0221) 134504  
Fax (0221) 137280, e-mail: savbund@aol.com  
Verantwortlich für den Inhalt: Sascha Stanicic

1. Auflage: April 1998

Diese Stellungnahme des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI) beschäftigt sich hauptsächlich mit den auf türkischem Staatsgebiet liegenden Teilen Kurdistans. Die Lage in der Türkei oder anderen Teilen Kurdistans wird nicht tiefgehender analysiert. Wir wollen mit dieser Stellungnahme den Dialog mit Aktivisten der kurdischen Bewegung eröffnen. Wir sind offen für Diskussionen über die aufgeworfenen Fragen und begrüßen alle Anmerkungen dazu.

Heute führen die türkischen Generäle einen blutigen Krieg gegen das kurdische Volk. Seit 1984 sind mehr als 24.000 Menschen getötet worden. Mehr als 2500 Dörfer wurden vom türkischen Militär zerstört. Drei Millionen Bauern wurden obdachlos, Millionen sind in die Westtürkei oder nach Europa geflohen. Entgegen dem Gerede der Mächtigen der Welt, daß die „Neue Weltordnung“ Frieden und Sicherheit für alle Völker garantieren würde, werden den Kurden nach wie vor nationale Identität und Kultur, demokratische Rechte und persönliche Freiheiten verweigert.

Der Krieg hat für die ganze Region katastrophale Folgen. Eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der kurdischen Gebiete wird verhindert. Mindestens die Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos. Es gibt so gut wie keine Investitionen in produktive Industrien oder die Infrastruktur. 36% der Schulen in der Region sind zur Zeit geschlossen, es fehlen 17.000 LehrerInnen.

Auch die türkischen ArbeiterInnen zahlen einen enormen Preis für den schmutzigen Krieg. 24 Milliarden DM Steuergelder – Gelder, welche die Arbeiterklasse gezahlt hat – werden jährlich für den Krieg verschwendet. Das ist die Hälfte des türkischen Haushaltsdefizits. Jede Sekunde wird mehr Geld für den Krieg ausgegeben als das Monatsgehalt eines türkischen Lehrers. Das verschärft die ohnehin schon großen sozialen Probleme, denen sich die türkische Arbeiterklasse gegenüber sieht.

Das Ziel des türkischen Staates ist die Bewahrung seines Prestiges und die Aufrechterhaltung der Kontrolle über eine strategisch wichtige Region. Um die Kontrolle der Wasserversorgung und der Ölpipelines zu sichern, wird ein ganzes Volk brutal unterdrückt.

Die häufigen Übergriffe der türkischen Armee auf Südkurdistan (Nordirak) zeigen, daß die Generäle das Problem nur mit militärischen Mitteln „lösen“ wollen. Immer wieder verkünden sie ihre „Schlußoffensive“, die den kurdischen Widerstand auslöschen würde. Aber die zweitgrößte NATO-Armee ist seit 13 Jahren nicht in der Lage dazu. Es ist offensichtlich, daß die militärischen Maßnahmen die Entschlossenheit der KurdInnen gestärkt haben, ihren heldenhaften Kampf fortzusetzen anstatt sie in eine Niederlage zu treiben. Die Geschichte der KurdInnen ist eine Geschichte von Unterdrückung und Kriegen. Seit Jahrzehnten sind sie brutaler imperialistischer Unterdrückung ausgesetzt. Heute ist die kurdische Nation zwischen den verschiedenen Regionalmächten aufgeteilt, sämtlich brutale Diktaturen. Mit mehr als 25 Millionen Menschen sind die KurdInnen das größte Volk ohne einen eigenen Staat.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale unterstützt den Kampf des kurdischen Volkes für seine nationale Befreiung. Wir fordern und kämpfen für:

☉ Ein sofortiges Ende des Krieges gegen das kurdische Volk. Den



*Das Militär hat die wirkliche Macht in der Türkei und Kurdistan*

- ⊛ Rückzug der türkischen Armee aus allen kurdischen Gebieten
- ⊛ Volle kulturelle und demokratische Rechte für die Kurden. Für demokratisch gewählte Stadträte und ein regionales Parlament
- ⊛ Schluß mit der Diskriminierung der kurdischen Parteien und wirklich demokratische Wahlen. Die HADEP hat in Kurdistan bis zu 50% der Stimmen bekommen und ist nicht im Parlament vertreten.
- ⊛ Pressefreiheit, Versammlungs- und Organisationsfreiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft
- ⊛ Das Recht auf Selbstbestimmung für das kurdische Volk, bis hin zum Recht auf Lostrennung von den unterdrückenden Staaten

Kurdische Organisationen in der Türkei schlagen eine Autonomie innerhalb der Grenzen der Türkei vor. Wir würden das unterstützen, wenn es ein Ende des schmutzigen Krieges und wirkliche demokratische und kulturelle Rechte für alle

KurdInnen in der Türkei bedeuten würde. Allerdings werden die zugrundeliegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme auf dem Boden des Kapitalismus nicht völlig gelöst werden können, auch nicht mit voller Autonomie. Um diese Probleme zu lösen, muß das jetzige kapitalistische System durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzt werden.

Die Zukunft der in der Türkei lebenden KurdInnen ist eng mit dem Schicksal der KurdInnen in anderen Teilen Kurdistans verknüpft. Das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* tritt für Sozialismus in ganz Kurdistan ein, als Teil des Kampfes für einen sozialistischen Staatenbund der nahöstlichen Region. In

allen Teilen Kurdistans müssen die Menschen über ihre Zukunft frei und demokratisch entscheiden können. Das muß auch die Freiheit der Entscheidung darüber beinhalten, ob sie in einem einheitlichen Staat oder einem Bund kurdischer Staaten leben wollen.



## Der Guerilla-Kampf in Kurdistan

Der türkische Staat setzt alle militärischen Möglichkeiten ein, um den kurdischen Widerstand zu zerschlagen. Seit 1984 führt die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in den Bergen den bewaffneten Kampf gegen die türkische Armee.

Das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* unterstützt das Recht des kurdischen Volkes zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung der Familien und der Dörfer gegen den staatlichen Terror. Die Stärke dieses Widerstands ist abhängig von der aktiven Beteiligung der kurdischen Massen am Kampf. Alle Aspekte dieses Kampfes, auch die bewaffnete Selbstverteidigung, sollten von den kurdischen Massen demokratisch kontrolliert werden.

Allerdings wird der bewaffnete Kampf in den Bergen nicht ausreichen, die türkischen Streitkräfte aus den kurdischen Gebieten zu vertreiben. Während die türkische Armee trotz ihrer modernen Ausrüstung nicht in der Lage ist, den kurdischen Widerstand zu zerschlagen, braucht es auch mehr als militärische Mittel, um Kurdistan von den Besatzungstruppen zu befreien.

Die städtische Bevölkerung Kurdistans ist durch die Flüchtlinge, die wegen dem Krieg und seiner Auswirkungen die ländlichen Gebieten verlassen haben, massiv gewachsen. Die Bevölkerung Diyarbakirs ist explosionsartig von 380.000 1990 auf heute ca. 1,5 Millionen EinwohnerInnen gewachsen. Das ist ein wichtiges Potential für die kurdische Befreiungsbewegung.

Der Widerstand der städtischen Massen über Gewerkschaften und soziale Bewegungen ist entscheidend. Die ausschlaggebende Rolle der städtischen ArbeiterInnen und Jugendlichen bei Kämpfen für die nationale Befreiung ist bei dem

Fall des Apartheid-Regimes in Südafrika und bei der Intifada („Aufstand“) in Palästina deutlich geworden. ArbeiterInnen und Jugendliche könnten heute in Kurdistan eine ähnliche Rolle spielen. Außerdem können auch die in den westtürkischen Städten lebenden KurdInnen eine Rolle dabei spielen: Unterstützung von türkischen ArbeiterInnen und Jugendlichen für den kurdischen Kampf zu gewinnen.

## Einheit der KurdInnen

Die Geschichte Kurdistan ist eine Geschichte der nationalen Unterdrückung. Aber sie ist auch eine Geschichte von Ausverkauf und Verrätereien durch die verschiedenen kurdischen Führer. Immer wieder haben kurdische Führer Geschäfte mit den kolonialistischen und imperialistischen Mächten abgeschlossen, um ihren persönlichen Reichtum und ihre Macht zu steigern.

Diese Rolle spielen heute die Führungen von KDP und PUK in Südkurdistan. Diese auf Stammeszugehörigkeit basierenden Organisationen haben die Möglichkeit verschenkt, eine unabhängige und demokratische Gesellschaft in Südkurdistan aufzubauen, nachdem die irakische Armee gezwungen war, die Kontrolle über die Region aufzugeben.

1995 hat die KDP der irakischen Armee wieder den Weg in das kurdische Gebiet geebnet, um sich von ihr im Machtkampf mit der PUK unterstützen zu lassen. Seitdem hat die KDP die türkische Armee aktiv in ihrem Kampf gegen die Aktivisten der PKK unterstützt.

Zur Befreiung der KurdInnen von ihren Unterdrückern ist die Einheit der kurdischen ArbeiterInnen und der armen Bauern in den verschiedenen Gebieten entscheidend. Deshalb ist es notwendig, die Massen aus der Kontrolle der Stammesfürsten zu befreien. Um das zu erreichen, müssen vollständig demokratische und unabhängige Organisationen der Arbeiterklasse, der armen Bauern, der Frauen und der Jugend aufgebaut werden, welche danach streben, den vereinigten Kampf der KurdInnen gegen sämtliche Unterdrücker zu führen.

## Einheit der kurdischen und türkischen ArbeiterInnen und Bauern

Türkische und kurdische Arbeiter haben das gemeinsame Interesse, den Krieg in den kurdischen Gebieten der Türkei zu beenden. Der Krieg zerstört nicht nur das Leben von Millionen KurdInnen, er verschärft ebenso die enormen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der türkischen Gesellschaft. Trotz relativ hoher Wachstumsraten in den letzten Jahren haben sich die Lebensbedingungen in der Türkei verschlechtert. Die Inflation um 80% macht selbst für Facharbeiter das Leben schwer.

Das riesige Haushaltsloch der Türkei von 48 Milliarden DM kommt hauptsächlich durch die enormen Summen zustande, die der Krieg in Kurdistan verschlingt. Schon jetzt werden  $\frac{3}{4}$  der von der Arbeiterklasse gezahlten Steuern direkt als Zinsen an die Banken bezahlt. Die Antwort aller etablierten politischen Parteien, auch der Islamisten, sind weitere Angriffe auf die Arbeiterklasse durch Kürzungen und Privatisierungen.

Der Krieg in Kurdistan beeinträchtigt nicht nur die Wirtschaft und die soziale Situation. Er hat auch schlimme Folgen für das politische Leben in der Türkei. Unter dem Vorwand der Bekämpfung kurdischer „Terroristen“ hat die militärische Elite neue Entschuldigungen gefunden, ihre anti-demokratische Politik zu rechtfertigen.



*Massaker an der kurdischen Bevölkerung durch die türkische Armee sind an der Tagesordnung.*

Der „schleichende Staatsstreich“ vom Juli 1997 bewies wieder einmal, daß das wirkliche Zentrum der politischen Macht bei den Generälen liegt. Schon 1996 bewies der Autounfall von Susurluk die engen Beziehungen zwischen dem politischen Establishment und dem organisierten Verbrechen.

Nicht nur den KurdInnen, sondern auch türkischen ArbeiterInnen werden grundlegende demokratische Rechte verwehrt. Das Zerschlagen von Streiks und Demonstrationen durch die Polizei, die Ermordung von Journalisten, das Verschwindenlassen von politischen und gewerkschaftlichen Aktivisten, das Verbot unabhängiger politischer Parteien – all das ist politischer Alltag in der Türkei. 9000 politische Gefangene, davon 130 Journalisten, sitzen zur Zeit in türkischen Gefängnissen.

Die Massenorganisationen in der Türkei und Kurdistan haben die Verantwortung alles nur Mögliche zu tun, um die Einheit zwischen der kurdischen und der türkischen Arbeiterklasse zu schaffen. Die türkische Arbeiterbewegung muß für das Recht der

KurdInnen auf Selbstbestimmung eintreten.

Es ist ein großer Vorteil, daß türkische und kurdische ArbeiterInnen in den gleichen Gewerkschaften organisiert sind. Das kann ein wichtiger Hebel sein, um Solidarität und Einheit zu schaffen. Die Gewerkschaften müssen einen vereinten Kampf für soziale und demokratische Forderungen führen. Das muß mit der Frage der nationalen Unterdrückung in Kurdistan verbunden werden.

In der Westtürkei müssen die Gewerkschaften die gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnen aus verschiedenen Volksgruppen im Kampf



*Protest der KESK gegen die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Rechte im öffentlichen Dienst.*

gegen den korrupten türkischen Staat erklären. Sie sollten die Kurdistan-Frage aufgreifen und Kampagnen gegen die Unterdrückung organisieren.

Die Vereinigung der öffentlichen Bediensteten – KESK – hat die Frage von Kurdistan aufgegriffen, sich für das Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen eingesetzt und sich aktiv um internationale Solidarität bemüht. Diesem Beispiel sollten andere Gewerkschaften folgen, die wirklich die Interessen der Arbeiterklasse vertreten.

Die türkischen sozialistischen und Arbeiterparteien müssen sich aktiv am kurdischen Kampf beteiligen, indem sie den türkischen ArbeiterInnen die Notwendigkeit von Solidarität und Einheit erklären. Sie müssen erklären, daß die Unterdrückung in Kurdistan untrennbar mit der Unterdrückung im gesamten Land verbunden ist.

Leider stehen große Teile der türkischen Arbeiterklasse unter dem massiven Einfluß nationalistischer und religiöser Propaganda, welches dazu führt, daß sie gegen ihre eigenen Interessen handeln. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der türkischen Arbeiterklasse müssen darum kämpfen, die türkischen Arbeiter dem Chauvinismus und dem religiösen Fundamentalismus zu entreißen.

Um diese Voraussetzung für den Erfolg des kurdischen Befreiungskampfes zu erfüllen, müssen auch die kurdischen Arbeiterorganisationen die Probleme aufgreifen, denen die türkische Arbeiterklasse gegenübersteht. Millionen KurdInnen leben in den westtürkischen Großstädten. Sie und ihre Organisationen müssen sich mehr einmischen und eine Rolle beim Kampf für soziale Reformen und Demokratisierung spielen. Auf diese Weise werden türkische ArbeiterInnen direkte Erfahrungen mit der Tatsache machen, daß die kurdischen ArbeiterInnen auf ihrer Seite sind, während der türkische Staat auf der anderen Seite steht.

Durch einen Klassenappell an die türkischen ArbeiterInnen, durch die Erklärung, daß der Krieg in Kurdistan auch ein Krieg gegen sie selbst ist, kann die kurdische Bewegung den türkischen Staat deutlich schwächen. Das würde die Moral der türkischen Soldaten in Kurdistan weiter unterminieren.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale begrüßt die jüngste Entwicklung einer gemeinsamen Front zwischen HADEP (kurdische Demokratiepartei des Volkes) und der ÖDP (Freiheits- und Solidaritätspartei). Dieses Bündnis, welches ein wichtiger erster Schritt zur Einheit der türkischen und kurdischen

ArbeiterInnen in der Praxis ist, sollte weiterentwickelt werden. Wir begrüßen den Aufbau der ÖDP als einen großen Schritt vorwärts sowohl für die türkische als auch die kurdische Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang sehen wir die Bombenanschläge im westlichen Teil der Türkei durch kurdische Aktivistinnen und Aktivisten. Solche Methoden wurden in der Vergangenheit benutzt und wieder wurden Bombenkampagnen gegen Touristengebiete in der Westtürkei angedroht.

Die Bereitschaft junger Menschen bei solchen Attacken ihr Leben zu riskieren oder zu opfern zeigt die enorme Überzeugung, die große Opferbereitschaft, mit denen der Kampf geführt wird. Aber individuelle Heldentaten weisen nicht den Weg nach vorne für den kurdischen Befreiungskampf. Die türkischen Streitkräfte werden durch Anschläge in der Westtürkei nicht besiegt und nicht einmal geschwächt werden können. Diese haben nur zum Ergebnis, daß die Spaltungen zwischen türkischen und kurdischen ArbeiterInnen vertieft werden, indem der türkische Staat eine Möglichkeit bekommt, die nationalistische Karte zu spielen. Anschläge führen in eine Sackgasse und sind absolut kontraproduktiv, sowohl für die türkische Arbeiterbewegung als auch für den kurdischen Kampf um nationale Befreiung.

Stattdessen sollten die kurdischen Arbeiterorganisationen an die türkischen Massenorganisationen mit dem Ziel herangehen, einen gemeinsamen Kampf auf der Grundlage gemeinsamer Ziel zu führen:

- ✱ Schluß mit der Unterdrückung in Kurdistan und der Türkei. Volle demokratische Rechte für KurdInnen und TürkinInnen. Das Recht, unabhängige Gewerkschaften und politische Parteien zu bilden
- ✱ Weder Islamismus noch Militärputsch
- ✱ Für deutliche Verbesserung im Gesundheits- und Erziehungswesen, der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Türkei und in Kurdistan
- ✱ Für eine Ende der Profitherrschaft. Übernahme der großen Konzerne in öffentliches Eigentum, um eine Basis für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, die die Bedürfnisse aller befriedigen kann

## Internationale Solidarität

Die türkische herrschende Klasse stützt sich auf den westlichen Imperialismus. Ohne die aktive Hilfe der USA, Deutschlands und anderer imperialistischer Mächte in der NATO wäre der Krieg in Kurdistan unmöglich. Hochtechnisierte militärische Ausrüstung aus den USA und Deutschland wird im Krieg gegen die KurdInnen benutzt. Die Türkei bezieht für ihre „Verteidigung“ große Finanzhilfen aus dem Ausland.

Hinter dieser Unterstützung für den türkischen Staat stehen wichtige wirtschaftliche, politische und strategische Interessen des Westens. Die Türkei ist neben Israel der wichtigste Vorposten des US-Imperialismus im ölreichen Nahen

**NE REFAYHOL!  
NE HAZIROL!**

„Weder Refahyol  
(konservativ-  
islamistische Regierung)  
noch Stillgestanden“.  
Parole der linken ÖDP.



Osten. Wie ein Kommentator im *Wall Street Journal* beschreibt: „Die Türkei spielt heute (für die strategischen Interessen der USA, die Red.) eine ähnliche Rolle wie Westdeutschland während des Kalten Krieges.“ Deutschland, wichtigster Handelspartner der Türkei und viertgrößter Investor aus dem Ausland, hat besondere wirtschaftliche Interessen, die militärische Elite der Türkei zu unterstützen. Daher ist der Westen bereit, die Augen vor den Massakern in Kurdistan und dem Fehlen demokratischer Rechte in der Türkei zu verschließen. SozialistInnen und GewerkschaferInnen in Europa und der USA sollten öffentlich auf das Blut an den Händen der westlichen Regierungen und Kapitalisten hinweisen.

In einigen europäischen Ländern leben viele

türkische und kurdische ArbeitsimmigrantInnen. Zum Beispiel leben in Deutschland 500.000 KurdInnen und 1,5 Millionen TürkInnen. Diese ImmigrantInnen spielen traditionell eine wichtige Rolle bei gewerkschaftlichen Kämpfen. Europäische Gewerkschaften könnten zentral dabei sein, türkische, kurdische und europäische ArbeiterInnen im Kampf zu vereinigen. Das würde die Arbeiterklasse sowohl in Europa als auch in der Türkei und Kurdistan stärken.

Die Gewerkschaften in Europa müssen auch die Kurdistan-Frage aufgreifen und dazu Kampagnen durchführen. Westliche Politiker unterstützen oft den Kampf gegen den kurdischen „Terrorismus“, um ihre eigene Unterstützung für den Krieg in Kurdistan zu verdecken oder um Rassismus anzuzünden.

Es wäre schädlich für den kurdischen Kampf, wenn in Europa Anschläge durchgeführt würden. Das gäbe den imperialistischen Regierungen einen Vorwand für weitere Unterdrückung der kurdischen Bewegung.

Gewerkschaften und sozialistische Organisationen in Europa haben eine Verantwortung dafür, die Rolle der westlichen Regierungen im Krieg gegen die KurdInnen aufzudecken und die demokratischen Rechte der KurdInnen zu verteidigen, eingeschlossen das Demonstrationsrecht und das Recht, sich politisch zu organisieren.

Kurdische Organisationen in Europa sollten ihre Kampagnen vor allem auf die Gewerkschaften ausrichten, um die Unterstützung der organisierten Arbeiterklasse in Europa zu gewinnen. Um das zu erreichen ist es notwendig, daß kurdische Organisationen auch Problem vor Ort aufgreifen. Sie sollten sich an der allgemeinen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung beteiligen und Kämpfe für soziale Reformen und gegen Faschismus und staatlichen Rassismus unterstützen.

Eine gemeinsame Kampagne muß in Europa aufgebaut werden, die kurdische Organisationen mit europäischen sozialistischen und Arbeiterorganisationen sowie linken ImmigrantIn- und Exil-Organisationen und Parteien aus der Türkei zusammenbringt.

Diese gemeinsame Kampagne sollte für folgende Forderungen kämpfen:

- ✱ Sofortiger Stop der Rüstungslieferungen an die Türkei
- ✱ Schluß mit jeglicher militärischer, finanzieller und politischer Hilfe für die herrschende Elite der Türkei
- ✱ Vollständige demokratische Rechte für die kurdischen, türkischen und alle ImmigrantIn- oder Exilgruppen in Europa

- ⊗ Sofortiger Abschiebestop in die Türkei
- ⊗ Freilassung aller politischen Gefangenen aus Kurdistan und der Türkei in Europa

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale verteidigt die PKK und andere kurdische Organisationen bedingungslos gegen die Unterdrückung durch europäische Staaten. Wir verlangen eine Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und die Freiheit für KurdInnen, aktiv zu sein und sich organisieren zu können wo sie wollen. Das Niederhalten der mit der PKK verbundenen Aktivität in Europa heißt faktisch, daß den KurdInnen das Recht genommen wird, politisch aktiv zu sein. Wir lehnen die Begründung der europäischen Regierungen, sie würden nur gegen den „Terrorismus“ der PKK vorgehen, als heuchlerisch ab. Sie helfen dem türkischen Staatsterrorismus in den kurdischen Gebieten, sie haben in den 80er Jahren die afghanischen Fundamentalisten unterstützt. Die Unterdrückung der kurdischen Bewegung muß von SozialistInnen und GewerkschafterInnen in Europa mit viel Einsatz bekämpft werden.

## Die Arbeiterpartei Kurdistans – PKK

Während der 80er Jahre hat sich die 1978 gegründete PKK zu einer Massenkraft entwickelt. Das war Ausdruck einer Radikalisierung der kurdischen ArbeiterInnen, Bauern, Frauen und der Jugend in dieser Zeit. Auch drückte sich innerhalb der PKK die gestiegene Beteiligung von Frauen an sozialen und politischen Kämpfen aus.

Die PKK hat zur Zeit Massenunterstützung von KurdInnen in der Türkei und unter den kurdischen Gemeinden in Europa. Sie ist die einzige Kraft mit massenhafter Unterstützung bei KurdInnen.

Die PKK sagt, daß sie eine marxistische Arbeiterpartei ist, die für den Sozialismus kämpft.

In der Vergangenheit erkannte die PKK zumindest in der Theorie die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf für die nationale Befreiung an. Heute sieht sie dies allerdings anders. Heute reden die PKK-Führer von der „Proletarisierung der kurdischen Nation“, was scheinbar heißen soll, daß es, weil alle KurdInnen Opfer nationaler Unterdrückung sind, keine Klassen in der kurdischen Gesellschaft gibt. Die PKK-Führung setzt im nationalen Befreiungskampf auf ein Bündnis aller „patriotischen“ Schichten und Klassen.

Es ist richtig, daß alle KurdInnen unterdrückt werden. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die kurdischen ArbeiterInnen und armen Bauern auf der einen Seite, die kurdischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer auf der anderen fundamental unterschiedliche Interessen haben. Selbst wenn dieser Widerspruch zeitweilig durch die nationale Unterdrückung überlagert wird, ist er dennoch vorhanden und wird sofort an die Oberfläche kommen, wenn auch nur eine teilweise Befreiung erreicht worden ist. Die kurdische Elite will einen Staat schaffen, in dem sie ihre „eigenen“ Massen ausbeuten kann, wohingegen die kurdischen ArbeiterInnen und kleinen Bauern die Möglichkeit haben wollen ihre eigene Zukunft zu entscheiden, frei von



*Immer wieder verkündet die türkische Regierung die „Schlußoffensive“. Doch der Widerstand in Kurdistan ist militärisch nicht zu besiegen.*

jeder Unterdrückung. Deswegen dürfen sie kein Vertrauen in die wohlhabende kurdische Elite haben.

Bezogen auf die Klassenstruktur der türkischen Gesellschaft sagt die PKK-Führung, daß die türkischen ArbeiterInnen „vom Verhalten her verbürgerlicht“ worden sind, während „die kurdische Nation proletarisiert wurde“. Solche Aussagen beinhalten, daß alle TürkInnen Unterdrücker sind und wirken in der Praxis als eine Hürde bei der Entwicklung gemeinsamer Kämpfe von kurdischen und türkischen ArbeiterInnen gegen ihre gemeinsamen Feinde.

Obwohl die PKK sich „sozialistisch“ nennt, sehen ihre Führer wegen Kurdistans wirtschaftlicher Rückständigkeit die sozialistische Revolution nicht als Aufgabe für die nächste Periode. Stattdessen treten sie für die „bürgerlich-demokratische Revolution“ ein, für eine liberale kapitalistische Wirtschaft. Die „Provisorische Verfassung der Bundesrepublik von Kurdistan“ (*Kurdistan-Report*, Juli/August 97), die das Recht der Reichen auf Privateigentum garantiert, macht das deutlich.

Allerdings ist die Rückständigkeit der kurdischen Wirtschaft kein Argument gegen die sozialistische Revolution. Im Gegenteil können die grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme Kurdistans nicht auf kapitalistischer Basis gelöst werden. Nur „Dritte-Welt“-Länder, die in der Epoche des Kalten Krieges besondere Vergünstigungen des Imperialismus erhielten, konnten ihre Wirtschaft bedeutend entwickeln. Kurdistan wird keine Gelegenheit bekommen, sich auf kapitalistischer Basis voll zu entwickeln, vor allem, weil der weltweite Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Ländern wächst.

Das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* meint, daß der Kapitalismus auf Weltebene das entscheidende Hindernis zur Entwicklung der menschlichen Gesellschaft im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich geworden ist. Jede Region, auch Kurdistan, ist mit dem kapitalistischen Weltmarkt, verbunden. Der Nordwesten Kurdistans ist eng mit dem türkischen Markt verknüpft. Heutzutage würde ein kapitalistisches Kurdistan keine größere Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft durchlaufen. Der erste Schritt zur Entwicklung Kurdistans ist die Entmachtung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Nur auf dieser Grundlage können die Reichtümer des Landes im Interesse der arbeitenden Massen genutzt werden. Um das zu erreichen, müssen die kurdischen ArbeiterInnen und kleinen Bauern jedes Bündnis mit der existierenden kurdischen Elite ablehnen.

## **Für einen sozialistischen Staatenbund des Nahen Ostens**

Kapitalismus und Großgrundbesitz, der Privatbesitz der Industrie, der Banken und des Bodens, sind die Wurzeln der Probleme in Kurdistan. Der britische und französische Imperialismus haben künstliche Grenzen gezogen und die Kultur, die Sprache und das Gefühl der dort lebenden Menschen ignoriert. Die Teilung Kurdistans und der erzwungene Anschluß kurdischer Gebiete an verschiedene Nationalstaaten, wo die KurdInnen als unterdrückte Minderheit leben, hat dem Imperialismus erlaubt, seine Kontrolle über diese wichtige Region zu stärken. Allgemein basiert das kapitalistische System auf dem Prinzip des „teile und herrsche“. Um zu überleben muß die kapitalistische Klasse, die überall als zahlenmäßige Minderheit den unterdrückten Völkern gegenübersteht, die Massen aufgrund ihrer Nationalität, ihres Geschlechts usw. aufspalten. Aus diesem Grund ist überall in der Welt die Unterdrückung von Minderheiten ein integraler Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft.

Um die nationalistische Unterdrückung und alle anderen Form von Chauvinismus zu beenden, muß der Kapitalismus von den arbeitenden Massen gestürzt werden. In

einer sozialistischen Gesellschaft, mit öffentlichem Eigentum und der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der Arbeiterklasse über die Wirtschaft, gäbe es keine Basis für Spaltungen, sondern für die größtmögliche Einheit – um zusammen für gemeinsame Interessen zu arbeiten.

Anstatt Riesenprofite für wenige wohlhabende Kapitalisten und Landbesitzer abzuwerfen, könnten die natürlichen Reichtümer der Region im Interesse der arbeitenden Menschen und der Armen eingesetzt werden. Eine sozialistische Gesellschaft mit einer demokratisch geplanten Wirtschaft muß das alte System kapitalistischer Ausbeutung ersetzen. Das würde die Voraussetzungen schaffen, um die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, die die Grundlage für die Krise der Region sind.

Das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* meint, daß die Arbeiterklasse die wichtigste und entscheidende Rolle im Kampf für die sozialistische Revolution spielt. Selbst in Gebieten wie Kurdistan, wo die Arbeiterklasse zahlenmäßig schwach ist, muß sie die Führung im Bündnis mit der armen Bauernschaft und den städtischen Armen übernehmen. Immerhin fand die russische Revolution von 1917 unter der Führung des Proletariats statt, welches zu diesem Zeitpunkt nur ungefähr 5% der Bevölkerung ausmachte.

Der Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz in Kurdistan würde sofort zu wirklichen Verbesserungen führen und ein Beispiel für die arbeitenden Menschen weltweit sein.

Aber es ist ausgeschlossen, eine voll entwickelte sozialistische Gesellschaft nur auf kurdischem Boden aufzubauen. Die Macht des Imperialismus zu brechen, das kann letztendlich nur durch den Sturz des Kapitalismus in den imperialistischen Ländern selbst erreicht werden. Ein Kurdistan der ArbeiterInnen und Bauern würde ähnliche Bewegungen in der Region und der Türkei ermutigen, welche sich auch auf Europa auswirken würden. Auf dieser Basis könnte ein freiwilliger sozialistischer Staatenzusammenschluß des Nahen Ostens aufgebaut werden. Auch aus diesem Grund ist der kurdische Kampf international wichtig.

## Zukünftige Aussichten

Was sind die Perspektiven für Kurdistan? Der türkische Staat kann den kurdischen Widerstand nicht mit militärischen Mitteln besiegen. Die Opposition zur Herrschaft der militärischen Führungsclique in der Türkei wächst. Selbst der Arbeitgeberverband TÜSIAD tritt für eine Liberalisierung der kurdischen Frage ein. Sie haben verstanden, daß sie ohne den Krieg mehr Profite machen könnten. Auch die imperialistischen Staaten üben einen gewissen Druck aus, damit der türkische Staat sich in Richtung einer Verhandlungslösung in Kurdistan bewegt.

Das Interesse des Imperialismus ist, die Kontrolle über die Region zu behalten und Stabilität zu sichern. Sie sehen, daß der Krieg gegen die KurdInnen Instabilität für die ganze Region bringt. Daher könnte der Imperialismus den türkischen Staat durch Druck zu Verhandlungen mit der PKK bewegen.

Zusätzlich machte auch PKK-Führer Öcalan sehr deutlich, daß er zu Verhandlungen bereit ist. Er betont die Möglichkeit einer Lösung „innerhalb der existierenden



*Kurdische Flüchtlinge: In der Türkei verfolgt, in Deutschland illegal.*

Grenzen“ der Türkei, wenn „die Identität des Volkes anerkannt und ihm kulturelle Rechte und politische Freiheiten zugestanden werden“.

Eine Einigung über eine Form der „Autonomie“ nach dem Vorbild der Oslo-Vereinbarung zwischen Israel und der PLO erscheint möglich. Diese Vereinbarung in Palästina hat weder Freiheit noch Frieden für die Massen gebracht. Nur der Polizist ist ein anderer geworden. Jetzt macht die PLO-Verwaltung die schmutzige Arbeit für den israelischen Staat in den „Autonomie“-Gebieten.

Die Gefahr besteht, daß der Imperialismus das Gleiche in Kurdistan versucht: die Schaffung einer herrschenden kurdischen Elite, die die Region für sie kontrolliert. Wir sind nicht prinzipiell gegen Verhandlungen. Das kurdische Volk dürstet verzweifelt nach Frieden. Aber wenn es zu einer Einigung über wirkliche Autonomie kommen soll, muß darin das Ende der militärischen Besatzung des kurdischen Gebietes durch die türkische Armee, wirkliche demokratische und kulturelle Rechte für alle KurdInnen und eine echte Verbesserung der Lebensbedingungen der kurdischen ArbeiterInnen, Bauern und Jugendlichen enthalten sein.

Es ist keineswegs sicher, ob es zu einem Abkommen wie Oslo kommen kann. Zur Zeit scheinen die Hardliner der militärischen Führungsclique das Sagen zu haben. Sie fürchten, daß Zugeständnisse an die KurdInnen andere Teile der Bevölkerung ermutigen würden, mehr Rechte zu verlangen. Trotzdem könnten sie bei wachsender Instabilität in der Türkei gezwungen sein, mit der PKK zu verhandeln.

Solch ein Abkommen wäre keineswegs eine dauerhafte Lösung. Die Gründe für den Konflikt würden weiterbestehen. Die kurdische Region ist für den türkischen Staat und den Imperialismus strategisch wichtig. Sie wird noch wichtiger, wenn die Öl-Pipelines vom Iran und den Turk-Republiken Zentralasiens gebaut sind. Was für ein Abkommen auch abgeschlossen wird, die türkische herrschende Klasse wird die Kontrolle über Kurdistan nicht einfach aufgeben.

Die einzige dauerhafte Lösung ist der Sturz des türkischen Regimes durch den gemeinsamen Kampf der arbeitenden Menschen der Türkei und Kurdistans. Auf dieser Basis ist der Aufbau einer freiwilligen, demokratischen sozialistischen Föderation der Region möglich. Das würde die nötige Basis für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme schaffen, die der Krise zugrundeliegen. Für dieses Ziel des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft als dem einzigen Weg vorwärts für die einfachen Menschen im Nahen Osten und weltweit kämpft das *Komitee für eine Arbeiterinternationale*.

Das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* und seine Sektionen in den Ländern helfen mit, die Verantwortung der westlichen Kapitalisten-Regierungen für den schmutzigen Krieg in Kurdistan aufzudecken. Unsere Mitglieder haben das Thema erfolgreich in die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Europa hineingetragen. Wir helfen beim Knüpfen direkter Verbindungen zwischen europäischen und kurdischen GewerkschafterInnen. Die internationale Solidarität der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Europa kann eine wichtige Rolle beim kurdischen Kampf um nationale Befreiung spielen.

Mit *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* sind wir auch daran beteiligt, kurdische und türkische ImmigrantInnen in Europa gegen staatlichen Rassismus und faschistische Angriffe zu verteidigen.

Das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* vereinigt SozialistInnen in 35 Ländern auf allen Kontinenten. Wir setzen internationale Solidarität in Praxis um schaffen Verbindungen zwischen ArbeiterInnen auf dem ganzen Planeten. Das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* steht für wirklichen Sozialismus weltweit.

# Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Es tut sich nichts, außer wir tun es!

**Mach mit bei der SAV!**



## Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter-internationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten:

- **Argentinien:** Casilla de Correos 53, CP 1617, Los Polvorinos, Buenos Aires, Argentina
- **Australien:** Militant, PO Box 196, Richmond 3121, Melbourne, Victoria, Australia, Tel./Fax (00 61) 29-8973558, e-mail: mil@pa.ausom.net.au
- **Belgien:** PB 2, 9000 Gent 21, Belgien, Tel./Fax (00 32) 9-2321394, e-mail: geert.cool@rug.ac.be
- **Brasilien:** CP 7503, CEP 01064, Sao Paulo S. P., Brazil, e-mail: socialismo.revolucionario@mandic.com.br
- **Chile:** Celso C Campo, Casilla 50310, Correo Central, Santiago, Chile, Tel. (0056) 2-6229004
- **Deutschland:** SAV, Hansaring 4, 50670 Köln, Tel.

(02 21) 13 45 04, Fax (02 21) 13 72 80, e-mail: savbund@aol.com

- **Frankreich:** ECIJ, 17 rue Armand Carrel, Tel. (00 33) 1-48519705, Fax (00 33) 1-48576862, e-mail: colinch@worldnet.fr
- **Griechenland:** Xekinima, Odos Maisonos 1, 10438 Athen, Griechenland, Tel./Fax (00 30) 1-5245292, e-mail: rolandos@spark.net.gr
- **Großbritannien:** Socialist Party, 3-13 Hepscoot Road, London E 9 5 HB, Britain, Tel. (00 44) 181-5333311, Fax (00 44) 181-9869445, e-mail: campaigns@socialistparty.org.uk
- **Indien:** Dudiyora Horaata, PO Box 1828, Bangalore 560018, Indien
- **Irland (Nord):** MIM Publications, 36 Victoria Square, Belfast BT 1, Britain. Tel. (00 44) 1232-232962, Fax (00 44) 1232-311778, e-mail: gatesc@whall.dnet.co.uk
- **Irland (Süd):** Socialist Party, PO Box 3434, Dublin 8, Ireland, Tel./Fax (00 353) 1-6772686; e-mail: dublinsp@clubi.ie
- **Italien:** e-mail: dond001@it.net
- **Japan:** e-mail: ni&sc@gaia-net.or.jp
- **Mexiko:** e-mail: rendonp@servidor.unam.mx
- **Österreich:** SOV, Kaiserstr. 14/11, 1070 Wien, Österreich, Tel./Fax (00 43) 1-5246311
- **Pakistan:** The Struggle Publications, 40 Abbot Road, Lahore, Pakistan, Tel. (00 92) 42-6315162, e-mail: edu@found.edunet.sdnpk.undp.org
- **Portugal:** e-mail: cwi\_portugal@hotmail.com
- **Rußland:** 125167 Moskau a/Ya 37, Rußland, e-mail: pabgem@glas.apc.org
- **Spanien:** e-mail: ricardo.marquez@cs.us.es
- **Südafrika:** Congress Militant, PO Box 596, Newtown, Johannesburg 2113, South Africa, e-mail: mnoor@icon.co.za
- **Schweden:** Offensiv, Box 374, 12303 Farsta, Schweden, Tel./Fax (00 46) 8-606-9402, e-mail: offensiv@stockholm.mail.telia.com
- **USA:** Labor Militant, PO Box 5447, LIC, NY 11105, Tel. 1 (800) 655-9277; e-mail: fightback@netaxs.com

Wenn Ihr mehr über das CWI in **Kanada, Israel/ Palästina, Italien, Japan, Mexiko, Niederland, Nigera, Norwegen, Polen, Portugal, Spanien, Sri Lanka, Tschechien, Ungarn oder Zypern**, wissen wollen, wendet Euch an das **International Office of the CWI, PO Box 3688, London E 9 5QK, Britain, Tel. (00 44) 181-5330201, e-mail: inter@dlrcon.co.uk.**

## Werde Mitglied der SAV

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

\_\_\_\_\_  
Name, Adresse, Telefon  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Abgeben am SAV-Stand, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:

Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln

Infotelefon (02 21) 13 45 04, Fax (02 21) 13 72 80

**Abonniert VORAN!**

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- zusätzlich \_\_\_\_ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu \_\_ DM (ab 50 DM)

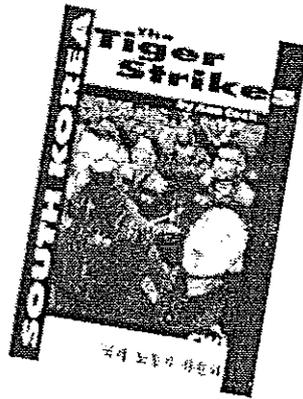
\_\_\_\_\_  
Name, Adresse, Telefon  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

(Adresse siehe oben)

# Broschüren und Bücher



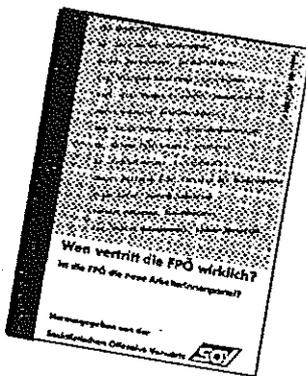
**Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei.** Beschlüsse vom SAV-Bundeskongress '97. 96 Seiten, 8 DM.



**The Tiger Strikes Back.** Englische Broschüre über die Streikbewegung in Südkorea 96 Seiten, 5 DM.



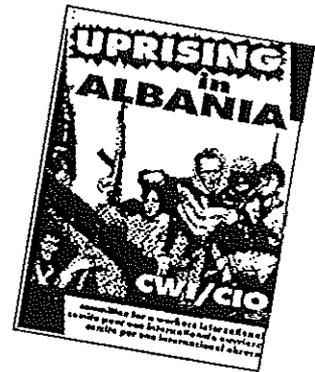
**Nein zu Maastricht, nein zum Europa der Konzerne.** Mehrsprachige Broschüre (deutsch, engl., franz., span., ital.) 48 Seiten, 5 DM.



**Wen vertritt die FPÖ wirklich?** Buch der Sozialistischen Offensiv-Vorwärts (SOV, Österreich) 70 Seiten, 7 DM



**Che Guevaras Vermächtnis – zum 30. Todestag des Revolutionärs.** 20 Seiten, 2,50 DM.



**Uprising in Albania.** Englische Broschüre über den albanischen Aufstand, Frühjahr 97. 32 Seiten, 4,50 DM.



**Frauen der Welt - kämpft für eine sozialistische Zukunft** Erklärung des Komitees für eine Arbeiterinternationale zum Internationalen Frauentag 1998. 16 Seiten, A5, 1,50 DM



**Weltwirtschaft am Abgrund?** Erklärung des Komitees für eine Arbeiterinternationale zur Lage der Weltwirtschaft nach der Asienkrise. 20 Seiten, A5, 2 DM



**Stoppt Nazis und Rassisten** Das SAV-Programm zum Kampf gegen Rechts. 24 Seiten, A4, 3 DM